

ARD-Interview mit Wladimir Putin:

Putin stellt sich. Der russische Präsident im Gespräch mit Jörg Schönenborn
- Abschrift der Simultanübersetzung.

Begrüßung:

Guten Abend aus Moskau. Am Sonntag kommt der russische Präsident Putin nach Deutschland. Am Montag will er gemeinsam mit Kanzlerin Merkel die Hannovermesse eröffnen, die größte Industriemesse der Welt. Die Handelsbeziehungen sind eng, wir leben von russischem Öl und Gas, und Russland kauft unsere Autos und Maschinen. Aber der russische Präsident kommt zu einem Zeitpunkt nach Deutschland, zu dem die Irritationen über die politische Entwicklung dort bei uns groß sind. Deshalb freue ich mich, dass er sich heute Abend unseren Fragen stellt, Präsident Wladimir Putin, guten Abend.

Schönenborn: Herr Präsident, Deutschland und Russland, das ist eine besondere Beziehung, wirtschaftlich passt das prima zusammen, politisch hakt es zur Zeit ein bisschen. Viele Deutsche sehen mit Sorge Razzien bei hunderten von Nicht-Regierungsorganisationen in Russland, zwei deutsche politische Stiftungen sind betroffen. Die deutsche Öffentlichkeit hat die Erklärung: Da soll eingeschüchtern werden. Warum handelt Ihre Behörden so?

Putin: *(lacht)* Ich glaube, Sie schüchtern die deutsche Öffentlichkeit ein. Es passiert doch gar nichts Ähnliches und man muss die Menschen nicht einschüchtern. Man muss objektiv die Entwicklungen beleuchten und was ist denn die objektive Beleuchtung? Ende vergangenen Jahres wurde in Russland ein Gesetz verabschiedet, nach dessen Maßgabe in der russischen Föderation diejenigen Nicht-Regierungsorganisationen, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, also aus dem Ausland finanziert werden und die innerpolitische Tätigkeit hierzulande betreiben, sich registrieren lassen müssen. Als ausländische Agenten. Also geht es hier um Organisationen, die innerhalb unseres Landes auf politischem Parkett agieren und sich von ausländischem Geld bezahlen lassen. Das ist kein besonderes Novum in der globalen politischen Praxis. Ein genau solches Gesetz gibt es in den USA seit 1938. Wenn Sie zusätzliche Fragen haben, würde ich mich sehr gerne diesen Fragen stellen, um Ihnen zu erklären, was passiert. Und Ihnen, also unseren Zuschauern.

Schönenborn: Herr Präsident, mir ist nicht bekannt, dass in den USA ähnliche Durchsuchungen, Beschlagnahmungen stattfinden. Der Begriff „ausländischer Agent“, den die Organisationen tragen müssen, in unseren Ohren hört sich das nach Kaltem Krieg an.

Putin: Ich...Dann werde ich präzisieren. In den USA gibt es ein solches Gesetz, es ist bislang in Kraft und unsere russischen Organisationen werden mit der gleichen Praxis konfrontiert, die dort vor Jahrzehnten eingeführt worden ist. *(Putin wendet sich an einen seiner Begleiter)* Ich werde Ihnen gleich ein Papier überreichen. Vor kurzem hat das

amerikanische Justizministerium die Nichtregierungsorganisationen ersucht, Dokumente bereitzustellen, dass sie Gelder aus dem Ausland erhalten und dort gibt es eine lange Liste von Fragen. Wir haben ein genau ähnliches Gesetz verabschiedet, das nichts verbietet, das möchte ich unterstreichen. Dieses Gesetz verbietet ja nichts, dieses Gesetz schränkt nichts ein und lässt niemanden dicht machen. Und keine Tätigkeit, selbst innerpolitische Tätigkeit für Organisationen, die sich aus dem Ausland finanzieren, ist nicht verboten. Wir wollen nur wissen, wer dieses Geld bekommt und wofür dieses Geld ausgegeben wird. Ich wiederhole: Das ist kein Novum, das wir uns haben einfallen lassen. Aber warum ist das so aktuell für uns? Was glauben Sie? Wie viel gibt es in Europa Nicht-Regierungsorganisationen, die sich aus Russland finanzieren lassen? Was glauben Sie persönlich?

Schönenborn: Ich kann das nicht schätzen, Herr Präsident. Ich kann ja auch nur über meinen Eindruck sprechen. Lassen Sie mich...

Putin: *(unterbricht Schönenborn)* Entschuldigen Sie bitte die Störung. Ich werde es Ihnen sagen. *(er lässt sich eine Mappe mit Unterlagen reichen)*. Eine solche Organisation gibt es in Paris und die andere, die zweite Organisation ist in Nordamerika tätig und ist in den USA registriert worden. Es gibt zwei, insgesamt. Einmal in den USA, einmal in Europa. Ich habe schon geahnt, dass Sie mich fragen werden. Wie heißen Sie übrigens?

Schönenborn: Jörg Schönenborn.

Putin: Jörg? *(nickt Schönenborn zu)*

Schönenborn: Ja.

Putin: Schauen Sie doch mal. In der russischen Föderation gibt es 654 Nicht-Regierungsorganisationen, die, wie sich herausgestellt hat, Geld aus dem Ausland beziehen. 654 Organisationen. Das ist ein ganzes Netzwerk, das die ganze russische Föderation erfasst. Alle Regionen der russischen Föderation. Nur in den vier Monaten, nachdem wir das entsprechende Gesetz verabschiedet haben, haben diese Organisationen aus dem Ausland... Stellen Sie sich nur vor, Sie können sich das kaum vorstellen und ich wusste es auch nicht... Also haben diese Organisationen 28 300 000 000 (Achtundzwanzigmilliardendreihundertmillionen) Rubel, das ist knapp eine Milliarde US-Dollar. 855. 00 000 000 (Achthunderfünfundfünzigmillionen) bekamen sie über diplomatische Vertretungen. Das sind die Organisationen, die eine politische Tätigkeit hierzulande betreiben. Darf denn unsere Gesellschaft nicht wissen, wer und wofür sein Geld bekommt? Und ich möchte es unterstreichen, ich möchte, dass Sie es wissen und dass die Europäer es wissen, dass die Deutschen es wissen: Niemand verbietet diese Organisationen. Wir bitten nur, dass diese zugeben: Ja, wir betreiben die politische Tätigkeit aber lassen uns aus dem

Ausland finanzieren. Die Gesellschaft hat einen Anspruch darauf. Und man muss niemanden einschüchtern, dass hier jemand festgehalten wird, dass hier etwas beschlagnahmt wird. Vielleicht hätte man das beschlagnahmen können, wenn die Menschen Gesetze verletzen...Dort gibt es administrative Strafen, aber ich glaube, das alles bezieht sich im Rahmen von zivilisierten Regeln.

Schönenborn: Nach unserem Verständnis funktioniert Demokratie mit einer starken Opposition. Nach unserem Verständnis ist eine Opposition immer Regierung im Wartestand, gibt es auch in der Politik Wettbewerb, weil sie es im Zweifel besser machen kann als eine Regierung. Braucht Russland eine starke Opposition?

Putin: *(hat Papiere aus der Mappe geholt und blickt darauf)*. Ja natürlich braucht es. Ich werde gleich die Frage beantworten. *(reicht Schönenborn die Papiere)* Hier sind die Dokumente, die unsere Organisationen in den USA bereitzustellen haben. Und gucken Sie, von wem diese Liste unterschrieben ist: das ist der Aufklärungsdienst. Das ist keine Generalstaatsanwaltschaft, das ist der Aufklärungsdienst des Justizministeriums der USA. Das ist das Dokument, das man an die Organisationen verschickte. Und gucken Sie, wie viele Fragen sie zu beantworten haben. Ist das demokratisch oder nicht? *(macht eine fragende Geste)*

Schönenborn: *(mit den Dokumenten in der Hand)* Herr Präsident, wir schauen uns das Dokument an, mir ist von ähnlichen Durchsuchungen in den USA, wie gesagt, nichts bekannt. Ich will auf die nächste Frage kommen. Ich habe gerade schon gesagt, nach unserem Verständnis lebt Demokratie auch von einer starken Opposition. Eine Opposition, die es im Zweifel immer besser machen kann als die Regierung. Wettbewerb um das politische Geschäft. Braucht Russland nicht auch eine starke Opposition?

Putin: Ja natürlich braucht Russland eine starke Opposition und nicht nur das. Ich glaube, ohne Wettbewerb ist keine Entwicklung möglich. Im politischen Bereich und im wirtschaftlichen Bereich: Und wir wollen diese Entwicklung gewährleisten für unser Land und für unsere Menschen. Ohne diesen Wettbewerb ist es unmöglich, effektive Regeln aufzustellen und begründete Entscheidungen zu treffen. Deshalb werden wir es natürlich anstreben, dass unsere Gesellschaft auf diesem Wettbewerb in allen Lebensbereichen beruht, besonders im politischen Bereich.

Schönenborn: Die...

Putin: *(unterbricht Schönenborn)* Das heißt aber nicht, dass diese Opposition sich aus dem Ausland finanzieren muss. Stimmen Sie dem nicht zu? Haben Sie eine andere Meinung?

Schönenborn: Heißt das, dass die Opposition frei demonstrieren darf?

Putin: Ja, natürlich. Aber im Rahmen des Gesetzes. Es gibt bestimmte Regeln, die es vorsehen, dass es verschiedene Formen politischen Engagements gibt. Wahlen, öffentliche Meinungsbekundungen, insbesondere Demonstrationen. Es gibt ein Gesetz. Ob dieses Gesetz gut oder schlecht ist, dieses Gesetz lässt sich demokratisch ändern. Ordnung muss sein. Das ist eine bekannte Regel und die findet Anwendung in allen Staaten. Und die ist universell. Ordnung muss sein, es darf kein Chaos zugelassen werden. Wozu ein Chaos führen kann, sehen wir am Beispiel von Nordafrika. Wer braucht das? Stichwort Oppositionstätigkeit. Ich möchte Sie da auf folgendes hinweisen: Um politische Parteien zu registrieren, musste man noch vor kurzem 50.000 Mitglieder in dieser Partei haben. Wir haben radikal diese Mitgliedschaftsanforderungen reduziert. Jetzt sind nur 500 Menschen erforderlich, um eine politische Partei zu registrieren. Wir haben 37 Parteien bereits, in Russland. Und mehrere Dutzend Parteien haben das Registrierungsverfahren beantragt. Wir wollen den politischen Wettbewerb weiterentwickeln. Wir haben das Wahlverfahren für die Mitglieder der Oberkammer des russischen Parlaments, des Föderationsrates, geändert. Die Mitglieder des Föderationsrates werden auch in geheimer allgemeiner Abstimmung in den entsprechenden Regionen gewählt. Die Oberkammer der Bundesrepublik wird nicht so gewählt. Wenn ich mich nicht irre, werden Abstimmungen an entsprechenden Landtagen durchgeführt. In diesem Sinne haben wir einen Schritt nach vorne gemacht. Ich bin jetzt bei den Wahlen der Gouverneure der russischen Föderation. Wir haben Direktwahlen von Gouverneuren wieder eingeführt. In der Bundesrepublik werden Ministerpräsidenten in den Landtagen gewählt. Viele Vertreter unserer politischen Kräfte haben geglaubt, wir müssten zu der Form zurückkehren, wo das Parlament nach gemischtem Wahlsystem gebildet werden soll. Mehrheitssystem und Direktmandate. Also wir sind zu diesem System übergegangen. Wir sind auf der Suche, wir suchen nach den akzeptablen Formen der politischen Organisation unserer Gesellschaft, die den Bedürfnissen der Menschen entsprechen würde. Und das gilt auch für politische Parteien. Natürlich wünschen wir politische Konkurrenz.

Schönenborn: Sie fahren nach Deutschland zu einer großen Wirtschaftsmesse. Ich denke, dass Ihnen vor allem die Wirtschaftsbeziehungen am Herzen liegen. Haben Sie Sorge, dass die Punkte, die wir gerade besprochen haben, das belasten können?

Putin: Nein. Im Gegenteil. Nein, im Gegenteil, ich freue mich sehr darüber, über unser Interview. Denn das gibt uns die Möglichkeit, die Positionen zu klären, zu erklären, was in Wirklichkeit passiert und wovon wir uns leiten lassen. Sie haben ja mit Razzien angefangen, mit Durchsuchungen, mit Verhaftungen. Von welchen Verhaftungen sprechen Sie denn? Nennen Sie bitte nur einen Namen. Das findet ja gar nicht statt.

Schönenborn: Ich habe nicht von Verhaftungen gesprochen, Herr Präsident. Ich habe von Durchsuchungen gesprochen.

Putin: Das hört sich so an. Es schreit nach Hilfe. Ja, es gibt Generalstaatsanwaltschaft in der russischen Föderation, die in der Pflicht steht, die Einhaltung der russischen Gesetze zu überwachen. Und alle Bürger, alle Organisationen, alle natürlichen und russischen Personen müssen sich daran halten und sie müssen die Gesetze der russischen Föderation respektieren.

Schönenborn: Was wünschen Sie sich von Ihrem Besuch in Deutschland, in wirtschaftlicher Hinsicht? Die Deutschen, vermute ich, werden eingeladen, zu investieren. Was konkret, ist ihr Wunsch?

Putin: *(seufzt)* Sie haben gerade eben gesagt, dass Deutschland und Russland sehr bedeutende Partner füreinander sind. Und so ist es auch. Die europäischen Mitgliedsstaaten, die Europäische Union insgesamt, ist für uns der größte Handels- und Wirtschaftspartner. Über 50 Prozent unseres Handelsumsatzes kommen auf die Europäische Union. Einmal mehr, einmal weniger, angesichts der schwierigen Situation in der Eurozone, in der Europäischen Union. Aber das ist trotzdem sehr viel. In den absoluten Zahlen geht es hier um 450 Milliarden US-Dollar. Wir sind der drittstärkste Handels- und Wirtschaftspartner für Europa nach USA und China. Und dabei ist der Abstand nicht so groß. Während wir 450 Milliarden US-Dollar Handelsvolumen mit Europa haben, haben die USA 600 Milliarden. Wissen Sie, der Unterschied ist eigentlich nicht so groß. Deutschland ist in dieser Reihe Partner Nummer eins unter den europäischen Staaten. Denn das Handelsvolumen liegt bei 74 Milliarden US-Dollar und es nimmt zu, trotz aller Schwierigkeiten. Damit es alle verstehen können, in Russland und in der Bundesrepublik, muss man sagen, dass das nicht nur Zahlen sind. Hinter diesen Zahlen stecken Arbeitsplätze, hinter diesen Zahlen stecken neueste Technologien, die gegenseitig ausgetauscht werden. Die Struktur des Handelsumsatzes entspricht nicht nur den Wirtschaftsmöglichkeiten Deutschlands, sondern auch den Interessen. Denn der wichtigste Schwerpunkt liegt bei Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland bei der Industrieproduktion. Ich wiederhole: dahinter stecken zehntausende Arbeitsplätze, Einkommen von Familien in Deutschland und in Russland. Zu 40 Prozent deckt Russland den deutschen Bedarf an Erdgas, zu 30 Prozent decken wir den Erdölbedarf. Wir erweitern unsere Zusammenarbeit im hochtechnologischen Bereich, beim Flugzeugbau, beim Maschinen- und Anlagenbau, bei Nanotechnologien, bei aussichtsreichen Entwicklungen im Bereich der Physik. Das ist eine sehr vielfältige, interessante und aussichtsreiche Zusammenarbeit. Deutschland ist einer der größten Investoren für Russland: Es gibt 25 Milliarden US-Dollar akkumulierte Investitionen in Russland. Die deutschen Investitionen kommen sehr gut in der russischen Wirtschaft an. Das ist sehr wichtig, das ist sehr interessant und das ist sehr zukunftsweisend, das möchte ich unterstreichen. Wir werden sechs große Pavillons bei der Hannovermesse haben. Wir haben eine sehr gute Losung in die Industrieproduktion. Also das ist immer die Stärke

Deutschlands gewesen und wir haben ein großes Interesse an diesen Bereichen. In diesen Pavillons werden auf der Hannover-Industriemesse über hundert russische Großunternehmen vertreten sein. Und ich lade Sie ein und alle unsere deutschen Freunde, zur Hannover-Industriemesse zu kommen und natürlich unsere russischen Pavillons zu besichtigen.

Schönenborn: Sie haben die Zahl genannt, 27 Milliarden deutsche Direktinvestitionen in Russland. Ich will die Brücke zu Zypern schlagen. Bei der Zypernkrise jetzt haben viele Deutsche zum ersten Mal bewusst wahrgenommen, wie viel russisches Geld in Zypern liegt und fragen sich: Warum sollen deutsche Unternehmen europäische Investitionen in Russland finanzieren, während viele Russen ihr Geld außer Landes bringen?

Putin: Verstehen Sie wirklich nicht, wie absurd Ihre Frage ist? Bitte nehmen Sie es mir nicht übel. Was hat denn Russland und was haben denn russische Anleger in einem europäischen Mitgliedsland damit zu tun? Je mehr Sie ausländische Anleger in Finanzinstitutionen ihren Ländern anzapfen, desto besser ist es für uns. Denn alle Verletzten, alle Eingeschücherteten, wir hoffen wenigstens darauf, oder die vielen, werden zu uns kommen und werden ihr Geld in unsere Banken bringen. Viele russische Anleger haben seinerzeit ihre Gelder zum Beispiel nach Zypern verbracht. Man muss ganz offen sagen: weil sie das russische Finanzsystem nicht als sicher angesehen haben. Erinnern Sie sich zum Beispiel an das Jahr 1998. Da kam es zu einem Einbruch. Im Jahr 2000, das ist doch unser gemeinsames Problem, da gab es große Ängste in Bezug auf das Weiterbestehen des Finanzsystems. 2008, als eine neue Krise kam, haben wir nicht nur unser Finanzsystem stabilisiert, wir haben es gefestigt. Und kein Finanzinstitut ist bei uns eingestürzt, wir haben niemandem erlaubt, seine Anleger zu verlassen. Natürlich hatten es die Menschen schwer, gab es Krisenzeiten, aber wir haben die Zusammenarbeit mit dem Bankensystem so gestaltet, dass wir es nicht nur unterstützt haben, sondern auch bestärkt haben und bestimmte Schritte eingeleitet haben, um dieses System zu restrukturieren, um es auf diese Weise zu festigen. Und ich hoffe sehr, dass die Menschen es auch heute verstehen werden. Dass es zur Enteignung der Anleger kommt, der russischen Anleger in Zypern oder in anderen Staaten, ist ein Vertrauensverlust gegenüber dem Bankensystem der Eurozone. Jetzt zur Frage, wer wie unterstützt werden soll, wer ist schuld: Die Menschen, die dorthin gegangen sind, die ihre Gelder dorthin gebracht haben, sie haben ja keine Gesetze verletzt. Sie haben die zyprischen Gesetze nicht verletzt, sie haben die europäischen Gesetze nicht verletzt. Und plötzlich hat man sie angezapft, ihre Einlagen, zu 60 Prozent. Ist das gerecht? Sie haben ja gegen nichts verstoßen. Doch wenn wir glauben, dass dieses Land eine Geldwaschanlage gewesen ist, so muss das unter Beweis gestellt werden. Wissen wir nicht, dass es ganz klare Regeln gibt? Und eine dieser klaren Regeln heißt Unschuldsvermutung. Und wenn es nicht nachgewiesen ist, dass der Mensch sich etwas hat zu Schulden

kommen lassen, so ist dieser Mensch unschuldig. Wie kann man denn diese Fragen übersehen? Da kann man doch alle zu Schwindlern und Betrügern erklären. Diese Offshore-Zone, sie wurde ja nicht von uns geschaffen. Das ist das Werk der Europäischen Union. Oder die zyprischen Regierungen haben dies geschafft und die europäischen Mächte haben es zugelassen. Ist das die einzige Offshore-Zone, die von europäischen Staaten ins Leben gerufen worden ist? Vielleicht gibt es andere Offshore-Zonen Großbritanniens oder irgendwelche anderen Offshore-Zonen. Wenn sie glauben, das ist schlecht, dann sollen sie diese Zonen schließen. Warum haben sie für alle Probleme, die in diesem Land entstanden sind, die Anleger verantwortlich gemacht? Von wo sie auch kommen: Briten, russische Bürger, Franzosen oder wer auch immer. Ich habe ja die Führung der Europäischen Kommission getroffen, ich habe ein sehr gutes persönliches Verhältnis zu ihnen aufgebaut. Wir streiten sehr viel. Viele fragen: Ist Russland daran schuld, dass es zu Problemen gekommen ist? Wenn Anleger kommen, dann unterstützen sie dadurch das ganze Bankensystem des Landes und die ganze Wirtschaft des Landes durch ihr Vertrauen.

Schönenborn: Ärgern Sie sich dass, zumindest nach allem, was ich weiß, die Europäische Union Sie nicht früher einbezogen hat, wo doch in Zypern so viele russische Unternehmen und Staatsbürger betroffen sind?

Putin: Nein, natürlich nicht. In gewissem Sinne freue ich mich sogar darüber, denn das hat gezeigt, wie inkonsistent und wie unzuverlässig die Einlagen bei westlichen Banken sind. Übrigens haben wir eine sehr vorteilhaftere Besteuerung als bei Ihnen. 13 Prozent ist bei uns die Einkommensteuer. Und was zahlen Sie in Deutschland?

Schönenborn: Das wäre schön. Lassen Sie uns...

Putin: *(unterbricht Schönenborn)* Nicht: „Das wäre schön“. Das ist schön.

Schönenborn: Wenn es bei uns 13 Prozent wären, wäre das schön. *(Putin lacht)*. Bei uns wird Wahlkampf gemacht mit Steuererhöhungen. Herr Präsident, ich will beim Euro bleiben...

Putin: *(unterbricht Schönenborn)* So kämpfen Sie doch bitte um die Steuerherabsetzung.

Schönenborn: Herr Präsident, ich will beim Thema Euro bleiben. Sie haben aus Ihrer Sicht über die Schwächen des Finanzsystems in Europa gesprochen. Russland hat, so weit ich weiß, etwa 40 Prozent seiner Devisenreserven in Euro angelegt, also das ist Ihr vitales Interesse.

Putin: Genau.

Schönenborn: Vertrauen Sie dem Euro noch?

Putin: *(seufzt)* Also ich möchte vorne wegstellen: Wir vertrauen dem Euro, wir vertrauen der Wirtschaftspolitik der europäischen Großmächte und der wirtschaftlichen Politik der Führung der Bundesrepublik Deutschland. Wir wissen in detail um verschiedene Meinungen hierzu, zur Entwicklung der Wirtschaft, zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums, zur Unterstützung der Währung. Ich stimme dem zu, dass zunächst Ursachen behoben werden müssen, die die Krise hervorrufen. Und erst dann müsste man Liquiditätsspritzen verpassen. Aber ich will jetzt nicht ins Detail gehen und mich in diese Polemik einmischen, die uns eigentlich nicht direkt betrifft. Das ist die Angelegenheit der europäischen Staats- und Regierungschefs. Aber was wir hören und was wir sehen, von dem, was unsere Kollegen in den führenden Wirtschaften der Eurozone machen, von dem, was von der Europäischen Kommission unternommen wird...ich wiederhole: in vielen Fragen haben wir Meinungsverschiedenheiten, aber bezüglich grundlegender Fragen glauben wir, dass man dort richtig handelt, auf dem richtigen Wege ist. Und gerade das stimmt uns optimistisch, dass wir es richtig gemacht haben, dass wir einen so großen Teil unserer Gold- und Devisenreserven und unserer Reserven überhaupt in europäischer Währung angelegt haben. Und ich bin zuversichtlich. Sollte sich diese Situation so weiterentwickeln, so werden unsere Kollegen und Freunde in Europa die Schwierigkeiten meistern, mit denen wir heute konfrontiert werden. Wir haben ganz große Reserven. Wir haben 534 Milliarden US-Dollar, Reserven der Zentralbank. Hinzu kommen noch 89 Milliarden US-Dollar des Reservefonds der Regierung. Es gibt noch 87 Milliarden, das ist der dritte Fond, der nationale Wohlfahrtsfond. Also das sind große Gelder.

Schönenborn: Herr Präsident, unsere Zeit ist fast um, aber ich möchte auf einen anderen Krisenherd zu sprechen kommen, der den Deutschen große Sorgen macht. Das ist Syrien, wo jeden Tag 200 Menschen ums Leben kommen. Die Position des Westens und Ihre im UN-Sicherheitsrat waren unterschiedlich. Das ist ausgetauscht, da gibt es unterschiedliche Positionen. Mich interessiert, wie sehen Sie die Möglichkeit, das Blutvergießen dort zu verändern? Was tun die russischen Behörden, was tut die russische Regierung, um diesem Blutvergießen ein Ende zu setzen?

Putin: Ich glaube, die Feindseligkeiten müssen unverzüglich gestoppt werden und die Waffenlieferungen müssen sofort gestoppt werden. Man sagt uns immer wieder, Russland liefere Waffen an Assad. Aber es gibt keine Verbote für Waffenlieferungen an die amtierenden legitimen Regierungen. Und nur über die an Syrien anliegenden Flughäfen, ich glaube New York Times hat darüber geschrieben, hat die Opposition in letzter Zeit 3,5 Tausend Tonnen Rüstungen und Munition erhalten. Das muss gestoppt werden. Und ich möchte aber ein weiteres Mal unterstreichen, ich glaube, das ist eine äußerst wichtige Sache. Es gibt doch Völkerrecht. Es gibt doch völkerrechtliche Normen, nach deren Maßgabe Waffenlieferungen an die Gruppierungen, die die Situation in dem einen oder dem anderem

Land auf bewaffnetem Wege destabilisieren wollen, unzulässig sind. Diese Normen liegen ja auf dem Tisch, sie sind ja von niemandem aufgehoben worden. Und wenn man sagt, dass Assad gegen sein eigenes Volk kämpft, na wissen Sie, das ist doch der bewaffnete Teil der Opposition. Dass dieses Massaker passiert, ist ja eine Plage, ist eine Katastrophe und dem muss ein Ende gesetzt werden. Alle rivalisierenden Parteien müssen an den Verhandlungstisch gebracht werden. Und das müsste der erste Schritt sein, den man einzuleiten habe. Und bei diesen Diskussionen muss folgendes herausgearbeitet werden. Was ist aus unserer Sicht wichtig? Ich habe bereits öffentlich mich dazu geäußert, das werde ich Ihnen auch erzählen und ich will, dass ihre Zuschauer es auch wissen. Worin liegt denn unsere Position? Nicht darin, dass Assad heute geht, wie das unseren Partnern vorgeschlagen wird. Und erst morgen möchte man sich damit auseinandersetzen, was weiter zu machen ist. Und das ist bereits praktiziert worden, in anderen Ländern. Es ist unklar, wohin sich Syrien hinbewegen wird, es ist im Grunde in zwei Teile gespalten. Wir wollen ja nicht, dass dort eine ebenso schwierige Situation wie im Irak einkehrt, wie im Jemen und so weiter und so fort. Unsere Position liegt darin, dass alle an den Verhandlungstisch gesetzt werden, dass alle rivalisierenden Parteien sich einigen, wie ihre Interessen eingehalten werden und wie sie sich an der Regierungsführung beteiligen werden. Und wenn die internationale Gemeinschaft Garantien abgegeben hat, wird man diesen Plan gemeinsam erfüllen. Vor einigen Monaten hat übrigens in Genf man darüber gesprochen und das wurde auch vereinbart. Doch unsere westlichen Partner sind dann von diesen Vereinbarungen abgerückt. Ich glaube, man muss ganz beharrlich daran arbeiten, gegenseitig vorteilhafte Lösungen zu finden. Kürzlich war der französische Präsident, Herr Hollande, bei uns zu Besuch. Er hat eine Reihe interessanter, aus meiner Sicht machbarer Ideen. Aber die Diplomaten müssen das noch in Angriff nehmen. Wir sind bereit, sie zu unterstützen und man soll versuchen, diese Ideen in die Tat umzusetzen.

Schönenborn: Herr Präsident, ich möchte zum Schluss den Bogen schlagen, zu dem Thema, mit dem wir eingestiegen sind. Demokratie. Offenbar ein kontroverses Thema. Ich will Ihren Ministerpräsidenten zitieren, der hat gesagt, Herr Medwedew, über die Entwicklung von Demokratie in Russland wird man erst in hundert Jahren urteilen dürfen. Das klingt für unsere Ohren nicht sehr ehrgeizig. Sagt man das, wenn man Demokratie in Wirklichkeit gar nicht will?

Putin: Ich glaube, das lag vielleicht an der Übersetzung. Würden Sie es bitte noch mal sagen.

Schönenborn: Ihr Ministerpräsident Medwedew hat sinngemäß gesagt, über die Entwicklung von Demokratie in Russland wird man erst in hundert Jahren wirklich urteilen dürfen. Und ich habe gefragt: Ist das nicht ein bisschen wenig ehrgeizig? Sagt man das, wenn man Demokratie gar nicht will?

Putin: Ich weiß nicht, ob er das wirklich gesagt hat. Man muss das im Kontext sehen. Diesen Kontext sehe ich ja gar nicht. Dass wir uns eindeutig für Demokratie entschieden haben und dass wir uns keinen anderen Entwicklungsweg vorstellen, ist offensichtlich. Dass bestimmte Standards, die in den einen Ländern zur Anwendung kommen, nur schwer angewendet werden können in anderen Ländern, das ist auch eine Tatsache. Und basierend auf den fundamentalen Demokratieprinzipien müssen wir solche Instrumente ausarbeiten, die der überwiegenden Mehrheit der Menschen in unserem Lande es möglich machen, die Innen- und Außenpolitik zu beeinflussen. Das gilt für die Mehrheit und dass diese Mehrheit die Minderheiten respektiert und ihre Meinungen berücksichtigt. Wenn wir das ganze Haus unserer Innenpolitik, alle unsere staatlichen Institutionen auf diese Grundlage stellen werden, so glaube ich, könnten wir über einen Erfolg der Demokratie in Russland sprechen. Aber dass Russland sich auf diesem Wege befindet, dass Russland diesen Weg geht, ist eine offensichtliche Tatsache. Es reicht ja, zu schauen, was in der Sowjetunion gewesen ist, was bei uns momentan stattfindet, wie sich die Wirtschaft bei uns entwickelt, wie der politische Bereich vorankommt, wie sich alles entwickelt, was die Volksvertretung angeht. Der Unterschied ist ja kolossal. Oder wollen Sie, dass wir in zwei Jahrzehnten den Weg gegangen sind, den andere Staaten in 200, 300 oder 400 Jahren gegangen sind? Natürlich muss alles schrittweise stattfinden, Schritt für Schritt. Aber wir verstehen, wohin wir uns bewegen werden und wir werden von diesem Weg nicht abkommen.

Schönenborn: Dann erlaube ich mir zum Schluss noch eine persönliche Frage. Sie waren acht Jahre Präsident, sind dann ins Amt des Ministerpräsidenten gegangen. Jetzt läuft wieder eine sechsjährige Amtszeit. Gibt es einen persönlichen Plan? Wollen Sie so lange Präsident bleiben wie es geht, wie Sie gewählt werden? Oder denken Sie manchmal über ein Leben danach nach?

Putin: Ich glaube, wie ein jeder normaler Mensch, so bin ich auch, ich gucke über einen bestimmten Horizont hinaus und ich bin kein langlebiger Politiker. Auch kein langlebiger europäischer Politiker. Es gibt in Europa Politiker, die viel länger als ich erste Plätze in der Politik innehatten und viel länger gearbeitet haben als ich momentan arbeite. In Europa, in Nordamerika, in Kanada. Aber ich hoffe sehr, dass nach dem Abschluss meiner politischen Tätigkeit, meiner staatlichen Tätigkeit, ich Möglichkeiten haben werde, auch anderen Fragen nachzukommen. Ich mag Literatur, ich mag Rechtswissenschaften. Und ich hoffe sehr, dass ich es schaffen werde, jetzt einmal ohne konkrete Verbindung mit der politischen Arbeit, auch anderen gesellschaftlichen oder sportlichen Aktivitäten nachkommen kann.

Schönenborn: Herr Präsident, vielen Dank für das Gespräch Ich bedanke mich.

Putin: Ich bedanke mich auch.